



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN • ODEONSTR. 4 • 30159 HANNOVER

FLÜCHTLINGSRAT NIEDERSACHSEN E.V.  
LANGER GARTEN 23B  
31137 HILDESHEIM

PER MAIL: [NGS@NDS.FLUERAT.ORG](mailto:NGS@NDS.FLUERAT.ORG).

#### LANDESVORSTAND NIEDERSACHSEN

**Anja Piel**  
**Jan Haude**  
Landesvorsitzende

Odeonstr. 4  
30159 Hannover  
Telefon: 05 11 – 12 60 85 0  
Telefax: 05 11 – 12 60 85 85

E-Mail: [landesverband@gruene-niedersachsen.de](mailto:landesverband@gruene-niedersachsen.de)  
Internet: [www.gruene-niedersachsen.de](http://www.gruene-niedersachsen.de)

Liebe Freundinnen und Freunde beim Flüchtlingsrat,

wir danken Euch herzlich für die Übersendung Eurer Wahlprüfsteine und die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die niedersächsische Flüchtlings- und Integrationspolitik hat sich in den Regierungsjahren von CDU und FDP massiv verschlechtert. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die ohnehin schon durch Bundesrecht stark beschnittenen Rechte von Flüchtlingen noch weiter ausgehöhlt. GRÜNE Flüchtlingspolitik setzt nicht auf Abschreckung, sondern sendet ein Signal des Willkommens an Verfolgte. Bündnis 90/Die Grünen wollen, dass Niedersachsen echte Zuflucht gewährt, Hilfe anbietet, dabei mit starken Partnern in Deutschland und Europa kooperiert und eine adäquate Lebenssituation für Flüchtlinge und Asylsuchende schafft.

#### **Aufnahme und Unterbringung von Asylsuchenden**

Wir fordern Maßnahmen, die Flüchtlingen echten Schutz bieten, Diskriminierung verhindern, Teilhabe ermöglichen und damit Integration fördern. Wir fordern frühzeitige dezentrale Unterbringung mit anständigen Sozialstandards und Berücksichtigung von besonders schutzbedürftigen Personen an Stelle von zentralen Flüchtlingseinrichtungen, die Isolation und Ausgrenzung fördern. Flüchtlinge brauchen kostenlosen und unbeschränkten Zugang zu allen staatlichen Hilfs- und Beratungsangeboten.

#### **Aufnahme von Flüchtlingen im Resettlement-Programm und aus EU-Mitgliedstaaten**

Resettlement-Programme sind auszuweiten. Die bisherigen Aufnahmezusagen und –modalitäten bleiben weit hinter den Bedürfnissen und Möglichkeiten zurück. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist auch im globalen und insbesondere europäischen Kontext zu sehen. Deutschland steht hier in der Verantwortung, wird dieser aber noch nicht in angemessenem Umfang gerecht. Vielerorts haben BürgerInnen im Rahmen der Save-Me-Kampagnen Zivilcourage und Aufnahmebereitschaft gezeigt. Das vorhandene Engagement muss zukünftig berücksichtigt und eingebunden werden.

#### **Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG)**

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) muss abgeschafft werden. Das entlastet auch die Kommunen in finanzieller Hinsicht. Wertgutscheine für AsylbewerberInnen müssen durch Bargeldauszahlung ersetzt und die medizinische Versorgung verbessert werden. Ein Zugang zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge ist Voraussetzung für deren Integration und finanzielle Eigenständigkeit.

### **Arbeit und Teilhabe für Flüchtlinge**

Als Grüne fordern wir die inhaltliche und finanzielle Stärkung und Aufwertung des derzeitigen Integrationsministeriums. Vorbild für uns ist der entsprechende Ressortzuschnitt in Rheinland Pfalz. Eine Aufgabenteilung wie sie derzeit mit dem Innenministerium praktiziert wird, lehnen wir ab. AsylbewerberInnen und Geduldete gehören in die Verantwortung des Arbeits- und Sozialministeriums.

Denn geduldete Personen dürfen nicht länger von Integrationsmaßnahmen ausgeschlossen werden. Integrations- und Sprachkurse müssen qualitativ aufgewertet und einem größeren Personenkreis zugänglich gemacht werden. Ausländerbehörden müssen endlich ihre Informations- und Beratungspflicht erfüllen, statt nur repressiv zu agieren. Ein Klima der Willkommenskultur fängt bei der Ausländerbehörde an. Weitere Bausteine sind Maßnahmen des Landes, Migrationsberatung, Integrationsförderung und ein Zugang zum Arbeitsmarkt.

### **Residenzpflicht und Wohnverpflichtung**

Die Residenzpflicht muss abgeschafft werden. Unter den gegebenen Umständen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert und eine echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht möglich. Die persönliche Freiheit wird eingeschränkt und der Ausgrenzung Vorschub geleistet.

### **Medizinische Hilfe für Menschen ohne Aufenthaltsrecht**

Für illegalisierte Personen ohne Papiere sind die Menschenrechte auf Gesundheit, schulische Bildung und den Schutz vor Ausbeutung zu gewährleisten. Zurzeit leben sie am Rand unserer Gesellschaft und werden in grundlegenden Rechten beschnitten. Medizinische Hilfen müssen sichergestellt werden.

### **UnionsbürgerInnen in prekären sozialen Lagen angemessen unterstützen**

Ebenso sind die Missstände hinsichtlich der sozialen Rechte von UnionsbürgerInnen zu beheben. Europarechtliche Standards sind einzuhalten. Sie brauchen Beratung und Hilfeleistungen.

### **Humanitäres Bleiberecht**

Wir wollen eine stichtagsunabhängige und humanitäre Bleiberechtsregelung, die auch Senioren, Kranke, Menschen mit Behinderung, Alleinerziehende und Traumatisierte erfasst. Kettenduldungen müssen endlich abgeschafft werden. Auch hier sind die Ausländerbehörden in der Beratungspflicht; Ermessensspielräume sind zugunsten der AntragstellerInnen zu nutzen.

### **Lebenssituation junger Flüchtlinge**

Insbesondere jungen Menschen ist der Einstieg in den Beruf und den Arbeitsmarkt zu erleichtern. Für QuereinsteigerInnen sind an den Schulen die Hürden abzusenken. Insbesondere die Sprachkenntnisse sind frühzeitig auszubauen, damit ein guter Bildungsstart gelingt.

## **UN-Kinderrechtskonvention umsetzen**

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) müssen besser geschützt werden. Die UN-Kinderrechtskonvention wird in Deutschland, obwohl der Vorbehalt inzwischen aufgehoben wurde, nicht ernst genommen. Wir wollen, dass sich der Schutzeffekt der Konvention voll entfalten kann. Wir wollen ein qualifiziertes Clearingverfahren. Zwangsweise Altersfeststellungen per Röntgenuntersuchung lehnen wir ab. Vormünder sind besser für ihre Aufgaben bei UMF zu qualifizieren. Das Kindeswohl muss immer im Vordergrund stehen.

## **Reform der Härtefallkommission (HFK) und Mitwirkungshandlungen im Verwaltungsverfahren**

Die Härtefallkommission braucht Luft zum Atmen. Die zahlreichen Ausschluss- und Nichtannahmegründe sind zu streichen. Humanitäre Gesichtspunkte müssen in ihren Entscheidungen endlich zur Geltung kommen können. Hier wie auch beim Bleiberecht gilt, dass keine unangemessenen Anforderungen an die Mitwirkungspflichten der Betroffenen gestellt werden dürfen. Der Blick ist auf Gegenwart und Zukunft zu richten und abgelegtes Täuschungsverhalten nicht nachzutragen.

## **Abschiebungen und Abschiebungshaft**

Die niedersächsische Abschiebungspraxis ist menschenunwürdig. Sie muss korrigiert und die Abschiebungshaft abgeschafft werden. Bis zu ihrer Abschaffung ist die Abschiebungspraxis durch verschiedene Sofortmaßnahmen zu entschärfen, insbesondere für besonders schutzbedürftige Personen und in europarechtlicher Hinsicht im Sinne der nur ungenügend umgesetzten Rückführungsrichtlinie.

## **Strukturen zur Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements stärken**

Wir fordern die Stärkung der Integrationskommission im Landtag und die Aufwertung des Integrationsbeirates. Migrantenselbstorganisationen müssen stärker als bisher finanziell gefördert werden, denn sie haben eine wichtige Brückenfunktion. Die Flüchtlingssozialarbeit ist langfristig finanziell zu sichern. Flüchtlinge brauchen kostenlosen und unbeschränkten Zugang zu allen staatlichen Hilfs- und Beratungsangeboten. Insbesondere Hilfsangebote für Traumatisierte sind finanziell zu fördern. Deshalb setzen wir uns für die finanzielle Unterstützung des Netzwerks für Traumatisierte Flüchtlinge Niedersachsen ein.

Freundliche Grüße!